

Antrag der Geschäftsprüfungskommission*
vom 23. September 2004
und der Justizkommission** vom 29. September 2004

KR-Nr. 288/2004

Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Geschäftsberichtes des Regierungsrates für das Jahr 2003

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 23. September 2004 und der Justizkommission vom 29. September 2004,

beschliesst:

I. Der Geschäftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 2003 wird genehmigt.

II. Folgende Überweisungen werden gemäss Antrag des Regierungsrates im Geschäftsbericht abgeschrieben:

Vorstoss	KR-Nr.	1. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Motion	205/ 2002	Haderer Willy, SVP, Unterengstringen	Abschaffung der Handänderungssteuer	FD	134
Postulat	3/2002	Bolleter-Malcom Nancy, EVP; Seuzach	Kurzfristige Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der A4 im Zürcher Weinland	BD	258

* Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Markus Mendelin, Opfikon (Präsident); Nancy Bolleter-Malcom, Seuzach; Fredy Ganz, Bassersdorf; Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon; Adrian Hug, Zürich; Othmar Kern, Bülach; Romana Leuzinger, Zürich; Walter Müller, Pfungen; Barbara Steinemann, Regensdorf; Gabriela Winkler, Oberglatt; Heinrich Wuhrmann, Dübendorf; Sekretärin: Madeleine Speerli.

** Die Justizkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Gabi Petri, Zürich (Präsidentin); Ursula Braunschweig-Lütolf, Winterthur; Lukas Briner, Uster; Vinzenz Bütler, Wädenswil; Yves de Mestral, Zürich; Hans Egloff, Aesch; Rosmarie Frehsner, Dietikon; Cécile Jacqueline Krebs, Winterthur; Katharina Kull-Benz, Zollikon; Jürg Leibundgut, Zürich; Annelies Schneider-Schatz, Bäretswil; Sekretärin: Contessina Theis.

III. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates wird die folgende Überweisung nicht abgeschrieben, und der Kantonsrat verlangt vom Regierungsrat die ordentliche Behandlung:

Vorstoss	KR-Nr.	I. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	153/ 2001	Guyer Esther, Grüne, Zürich	Anpassung der Schulbaurichtlinien an das «Schulhaus der Zukunft»	BI	231

IV. Veröffentlichung im Amtsblatt, Textteil.

V. Mitteilung an den Regierungsrat.

Bericht

1. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Justizkommission (JUKO) sind zuständig für die Prüfung des Geschäftsberichtes des Regierungsrates. Über das Ergebnis ihrer Prüfungen orientieren sie den Kantonsrat in separaten Berichten (Vorlagen KR-Nr. 287/2004 und KR-Nr. 289/2004). Sie beantragen dem Kantonsrat, den Geschäftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 2003 zu genehmigen.

2. Die GPK hat ferner die im Geschäftsbericht des Regierungsrates aufgeführten Abschreibungsanträge zu überwiesenen Vorstössen zu prüfen. Das Kantonsratsgesetz sieht diese ausserordentliche Form der Abschreibung vor. Sie ist jedoch nur dort angezeigt, wo parlamentarische Vorstösse zwischenzeitlich an Aktualität verloren haben oder bereits auf anderem Weg durch den Regierungsrat erfüllt worden sind und dem Abschreibungsantrag keine Opposition erwächst. In der Regel sollte ein Abschreibungsantrag jedoch auf dem ordentlichen Weg – das heisst mit separater Vorlage – gestellt werden. Wählt der Regierungsrat die ausserordentliche Form der Abschreibung im Geschäftsbericht, kann der Kantonsrat seine Zustimmung verweigern und stattdessen vom Regierungsrat die ordentliche Behandlung verlangen.

2.1 Übereinstimmend mit dem Antrag des Regierungsrates empfiehlt die GPK dem Kantonsrat die Abschreibung der unter Dispositiv Ziffer II aufgeführten Vorstösse.

2.2 Entgegen dem Antrag des Regierungsrates beantragt die GPK, den unter Dispositiv Ziffer III aufgeführten Vorstoss nicht abzuschreiben, sondern gemäss § 24 Abs. 5 Kantonsratsgesetz die ordentliche Berichterstattung zu verlangen.

Mit dem Postulat KR-Nr. 153/2001 verlangte die Postulantin die Anpassung der Schulbaurichtlinien im Hinblick auf neue Bildungskonzepte und diesen entsprechende Bedürfnisse. Der Regierungsrat führt in seinem Abschreibungsantrag im Geschäftsbericht aus, die geplante Volksschulreform hätte Auswirkungen auf die Schulhausbauten gehabt. Die Ablehnung des Volksschulgesetzes durch die Bevölkerung verhinderte bzw. verzögerte die Einführung dieser Reformelemente. Eine Überarbeitung der Schulbaurichtlinien werde erfolgen, nachdem diesbezüglich Klarheit über die weitere Entwicklung herrsche. Die Postulantin macht demgegenüber geltend, es gehe nicht um das neue Volksschulgesetz, sondern um Veränderungen in der Schule, die bereits stattgefunden hätten und in den nächsten Jahren weitergehen würden. Es sei zwar richtig, dass die Auswirkungen der Schulreformen noch nicht im Detail bekannt seien. Darum sei es umso mehr notwendig, heutige Neu- und Erweiterungsbauten flexibel zu konzipieren, damit sie den künftigen Anforderungen gerecht werden könnten. Die baulichen Anforderungen erforderten deshalb einen Verzicht auf die bestehenden starren Vorgaben. Es seien flexiblere Instrumente zu entwickeln. Damit dürfe nicht mehr länger zugewartet werden. Die GPK stellt demnach fest, dass der Vorstoss zwischenzeitlich nicht an Aktualität verloren hat und vom Regierungsrat auch nicht bereits auf anderem Weg erfüllt worden ist. Die Postulantin ist mit dem Abschreibungsantrag zudem nicht einverstanden. Unter diesen Voraussetzungen ist die Abschreibung im Geschäftsbericht gemäss ständiger Praxis der GPK nicht angezeigt. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat in einer separaten Vorlage Bericht zu erstatten.

2.3 Der guten Ordnung halber weist die GPK darauf hin, dass die folgenden im Geschäftsbericht des Regierungsrates aufgeführten unerledigten Überweisungen zwischenzeitlich durch Kantonsratsbeschluss abgeschlossen bzw. erledigt oder zurückgezogen worden sind (Stichtag 23. September 2004):

Vorstoss	KR-Nr.	1. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	350/2001	Kündig Jörg, FDP, Gossau	Kostentransparenz bei parlamentarischen Vorstössen	SK	38
Postulat	37/2002	Winkler Gabriela, FDP, Oberglatt	«Outsourcing» von Dienstleistungen	SK	38
Postulat dringlich	78/2002	Kessler Gustav, CVP, Dürnten	ALÜB 2 (Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2. Serie)	SK	38

Vorstoss	KR-Nr.	I. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Motion	289/ 1998	Züblin Hans- Peter, SVP, Weiningen	Durchleuchten der kantonalen Gesetz- gebung; (Verwesentlichung und Flexi- bilisierung der Rechtssetzung und Rechtsanwendung)	JI	73
Motion	139/ 1999	Heer Alfred, SVP, Zürich	Kreditvorlage für den Bau von zusätzli- chen Gefängnisplätzen	JI	74
Postulat	315/ 2000	Balocco Claudia, SP, Zürich	Schaffung der Voraussetzungen für die rechtsgültige elektronische Abwick- lung von Verwaltungshandlungen und -akten (Electronic Government)	JI	74
Postulat	36/2001	Germann Willy, CVP, Winterthur	Minimale Deutschkenntnisse bei der Einbürgerung	JI	74
Postulat	37/2001	Germann Willy, CVP, Winterthur	Erleichterung der Einbürgerung	JI	74
Postulat	413/ 2000	Kündig Jörg, FDP, Gossau	Änderung zusätzliche Abschreibung (§ 137 Gemeindegesetz)	JI	75
Postulat	211/ 2001	Kündig Jörg, FDP, Gossau	Überlebens- und Qualitätssicherung der Milizsysteme in Behörden der Gemeinden, der Bezirke und des Kantons Zürich	JI	75
Volksini- tiative	238/ 2001	Initiativkomitee	Volksinitiative «Gesunde Steuerdispa- rität»	JI	75
Postulat	98/2000	Trachsel Jürg, SVP, Richterswil	Fahrzeugkontrollen im Strassenver- kehrsamt	DS	108
Motion	154/ 2000	Walti Beat, FDP, Erlenbach	Konzessionierung privater Anbieter zur Erbringung von Leistungen im Be- reich des Strassenverkehrs	DS	108
Postulat	279/ 2001	Annen Ueli, SP, Illnau-Effretikon	Politik mit Behinderten	DS	108
Postulat	134/ 2001	Riedi Anna Maria, SP, Zürich	Kundenfreundliche Fremdenpolizei	DS	109
Postulat	336/ 2001	Bielmann Peter F., CVP, Zürich	Parkleitsystem	DS	109
Volksini- tiative	223/ 2002	Initiativkomitee	Volksinitiative höhere Kinderzulagen für alle	DS	109
Postulat dringlich	279/ 2002	Heer Alfred, SVP, Zürich	Auflösung der offenen Drogenszenen im Langstrassenquartier	DS	109
Postulat	390/ 2000	Noser Ruedi, FDP, Hombrechtikon	Einführung von leistungsorientierten Lohnkomponenten in der Verwaltung (Bonus-System)	FD	135

Vorstoss	KR-Nr.	1. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	392/ 2000	Noser Ruedi, FDP, Hombrechtikon	Einführung/Plafonierung der Ausgaben, Auswirkungen auf den KEF	FD	135
Einzelin- itiative	13/2001	Schmid Claudio, Bülach	Schuldenabbau	FD	135
Einzelin- itiative	55/2001	Juzi Jonathan, Zürich	Arbeitnehmerschutzbestimmungen für das öffentlich-rechtlich angestellte Personal	FD	135
Postulat dringlich	34/2003	Bosshard Werner, SVP, Rümlang	Steuerliche Behandlung der Prämien- rückgewähr bei Tod aus Renten- versicherungen der Säule 3b	FD	137
Motion	68/1996	Waldner Liliane, SP, Zürich	Anpassung des Geltungsbereichs des kantonalen Gesetzes über die Förderung des Wohnungsbaus und des Wohneigentums an das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes	VD	161
Postulat	318/ 1997	Zumbrunn Esther, DaP/LdU, Winterthur	Kreditvorlage für die neue S-Bahn- Haltestelle Töss	VD	161
Postulat	359/ 1998	Zumbrunn Esther, DaP/LdU, Winterthur	Winti-Bahn – Aufbau eines innerstädti- schen S-Bahn-Systems für den Raum Winterthur (Einrichten von SBB- Durchmesserlinien und Erstellen neuer S-Bahn-Haltestellen)	VD	161
Postulat	240/ 2000	Schreiber Kurt, EVP, Wädenswil	Ausbau der S-Bahn Strecke Winterthur–Bülach auf integralem Halbstundentakt	VD	161
Postulat	245/ 2001	Amstutz Hans- peter, EVP, Fehraldorf	Verhinderung von Vandalismus in den S-Bahnzügen	VD	162
Postulat	267/ 2001	Germann Willy, CVP, Winterthur	Ausschreibung von Fahrleistungen	VD	162
Postulat	280/ 2001	Rihs-Lanz Susanne, Grüne, Glattfelden	Integration von behinderten Menschen in die Arbeitswelt	VD	162
Postulat	281/ 2001	Rihs-Lanz Susanne, Grüne, Glattfelden	Einrichtung von akustischen und visuellen Informationen in allen öffentlichen Verkehrsmitteln des Kantons Zürich	VD	162
Einzelin- itiative	137/ 2002	Tuena Mauro, Zürich	Einreichung einer Standesinitiative zur Verankerung des Bankkunden- geheimnisses in der Bundesverfassung	VD	162

Vorstoss	KR-Nr.	I. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat dringlich	148/2002	Portmann Hans-Peter, FDP, Kilchberg	Festhalten am Bankkundengeheimnis als massgeblicher Standortvorteil Zürichs	VD	162
Postulat dringlich	199/2002	Hirt Richard, CVP, Fällanden	Fehlende Grundlagen zu den Betriebskonzeptvarianten des Flughafens Zürich	VD	163
Postulat dringlich	206/2002	Leuthold Jürg, SVP, Aeugst a. A.	Probleme im Zusammenhang mit Schwarzwild	VD	163
Postulat	249/2002	Schreiber Kurt, EVP, Wädenswil	Mehr Sicherheit und Einnahmensicherung bei den Verkehrsmitteln	VD	163
Postulat	24/1999	Ziltener Erika, SP, Zürich	Berechnungssystem der Besoldung für Chefärztinnen, Chefärzte, Leitende Ärztinnen und Ärzte	GD	196
Postulat	356/2000	Ziegler-Leuzinger Regula, SP, Winterthur	Kinderspitex des Kantons Zürich	GD	197
Postulat	82/2001	Rihs-Lanz Susanne, Grüne, Glattfelden	Werbeverbot für Tabakwaren	GD	198
Postulat	292/2001	Kantonsrat, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit	Bericht über vorgesehene Massnahmen im Bereich der neurorehabilitativen Versorgung im Kanton Zürich	GD	198
Postulat	339/2000	Hösly Balz, FDP, Zürich	Deregulierung des Apothekergewerbes	GD	199
Postulat	277/2000	Bapst-Herzog Regina, SP, Zürich	Sprachen-Gesamtkonzept für das Zürcher Bildungswesen	BI	232
Postulat	83/2001	Amstutz Hanspeter, EVP, Fehraltorf	Massnahmen zur Behebung des Lehrkräftemangels und zur Qualitätssicherung an der Volksschule	BI	232
Postulat	396/2000	Bäumle Martin, Grüne, Dübendorf	Frühenglisch und Gleichbehandlung von Französisch und Italienisch	BI	233
Postulat	115/2001	Furter Willy, EVP, Zürich	Massnahmen zur Behebung des Lehrkräftemangels und zur Qualitätssicherung auf der Mittelschulstufe	BI	233
Behördeninitiative	29/2003	Schulpflege Stäfa	Klassengrössen	BI	235

Vorstoss	KR-Nr.	1. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	351/ 2001	Derisiotis-Scherrer Elisabeth, SP, Zollikon	Erkenntnisse aus Lese- und Schreibkursen für die Grundbildung nutzen	BI	
Postulat	472/ 1998	Vollenwyder Martin, FDP, Zürich	Baucontrolling	BD	259
Postulat	281/ 2000	Germann Willy, CVP, Winterthur	Reform des Heimatschutzrechts	BD	259
Postulat	350/ 2000	Bergmann Adrian, SVP, Meilen	Einmalige Einlage in den Strassenfonds	BD	259
Postulat	365/ 2000	Hatt Ruedi, FDP, Richterswil	Raumplanerische Massnahmen zur Realisierung von Geschäfts- und Wirtschaftszonen in der Flughafenregion	BD	259
Postulat	66/2001	Müller Felix, Grüne, Winterthur	Sportanlagen im Richtplan	BD	259
Postulat	349/ 2000	Hürlimann Werner, SVP, Uster	Festlegung von dezentralen Gebieten für die Aushubablagerung	BD	260
Postulat	351/ 2000	Cavegn Reto, FDP, Oberengstringen	Realisierungs- und Finanzierungskonzept Strasseninfrastruktur	BD	260
Postulat	265/ 2001	Rihs-Lanz Susanne, Grüne, Glattfelden	Sanierung der Glattuferwege	BD	262
Postulat	367/ 2001	Züblin Hans-Peter, SVP, Weiningen	Gleichlange Spiesse für die EKZ gegenüber den Mitbewerbern im Elektrizitätsmarkt	BD	262
Postulat	368/ 2001	Dürr Lucius, CVP, Zürich	Massnahmen zur Eindämmung von Mehrverkehr in den Kanton und die Stadt Zürich auf Grund des Ausbaus des Baregg隧nels	BD	262

3. Die GPK hat die Einhaltung der Behandlungsfristen der unerledigten Überweisungen durch den Regierungsrat zu überwachen. Das Kantonsratsgesetz regelt die Fristen für den Regierungsrat zur Berichterstattung und Antragstellung zu überwiesenen Motionen und Postulaten abschliessend. Können diese Fristen nicht eingehalten werden, sieht das Gesetz eine Erstreckungsmöglichkeit um höchstens ein Jahr vor. Diese Möglichkeit ist für Volks-, Behörden- und Einzelinitiativen im Initiativgesetz geregelt.

Im Berichtsjahr musste die GPK im Gegensatz zum Vorjahr feststellen, dass die gesetzlich geregelten Fristen vom Regierungsrat in einigen Fällen nicht eingehalten wurden. Die Geschäftsleitung ersuchte darauf den Regierungsrat, der Fristeneinhaltung wieder vermehrt Beachtung zu schenken.

Zürich, 23. September 2004

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission
Der Präsident: Die Sekretärin:
Markus Mendelin lic. iur. Madeleine Speerli

Zürich, 29. September 2004

Im Namen der Justizkommission
Die Präsidentin: Die Sekretärin:
Gabi Petri lic. iur. Contessina Theis